



# fraktion intern\*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

NR. 01 · 18.02.2013

## \*Inhalt

---

- |  |   |    |  |
|--|---|----|--|
| 02                                     | Demokratie muss wehrhaft sein!                                    | 11 | SPD will eine eigenständige Jugendpolitik                      |
| 03                                     | Editorial   | 11 | Online-Beteiligung: Zukunftsdialog startet wieder              |
| 04                                     | Rot-Grün: Banken strenger regulieren                              | 12 | Neues Kindergeld fördert Familien gerechter und wirkungsvoller |
| 05                                     | Tradition der Bundesschatzbriefe fortsetzen                       | 12 | Partnerschaftlichkeit in Familien stärken                      |
| 05                                     | Energiewende braucht starke Forschung                             | 13 | Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche weiter bekämpfen  |
| 06                                     | Künftige Wirtschaftskrisen meistern                               | 14 | Zeit für ein neues Wohlstandsmaß                               |
| 06                                     | Transparenz für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung | 15 | Intensivtierhaltung umwelt- und tierschutzgerecht regeln       |
| <b>Thema: Beschäftigtendatenschutz</b> |   | 15 | Wachstumspotenziale des Ökolandbaus in Deutschland ausschöpfen |
| 07                                     | Regierung will Arbeitgeberschutz statt Arbeitnehmerdatenschutz    | 16 | Veröffentlichungen / Impressum                                 |
| <b>Thema: Wohnen</b>                   |   |    |  |
| 09                                     | Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt                          |    |  |

Mehr Informationen gibt es hier:

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)  
[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)  
[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)  
[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)  
[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)  
[www.spdfraktion.de/flickr](http://www.spdfraktion.de/flickr)

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## „Demokratie muss wehrhaft sein!“



**Die SPD-Fraktion will ein Verbot der NPD erreichen. Im Interview erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christine Lambrecht, warum solch ein Verbot politisch wichtig ist und was das für den Kampf gegen Rechtsextremismus bedeutet.**

**Warum ist das NPD-Verbot so wichtig? Warum hat die SPD-Fraktion einen Antrag im Bundestag zu dem Thema gestellt?**

Die NPD ist eine verfassungsfeindliche Partei. Ihre Ideologie ist menschenverachtend, rassistisch, antisemitisch und steht dem historischen Nationalsozialismus nahe. Ihr Ziel ist der Sturz unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Das ist unstrittig. Und der Steuerzahler muss diese Partei auch noch finanzieren. Wir müssen diesen braunen Sumpf trockenlegen. Mit unserem Antrag wollen wir den Innenausschuss des Bundestages dazu bringen, die Voraussetzungen für ein Verbot zu prüfen, damit auch der Bundestag einen Verbotsantrag stellt.

**Bisher zögern FDP und CDU, eine klare Position zu einem Verbotverfahren zu beziehen. Weshalb? Was ist deren Position?**

Es ist die alte Position: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Alle sind sich über den Charakter der NPD einig. Aber man will nicht auf der Verliererseite sein, wenn es nicht funktioniert. Oder man sieht zu hohe Hürden. Manche glauben auch, eine legale Partei könne man besser beobachten. Für uns ist die NPD der legale Arm des organisierten Rechtsextremismus, der eng verwoben ist mit den sogenannten „Freien Kameradschaften“, den „Autonomen Nationalisten“ und mit terroristischen Gruppierungen wie dem NSU. Überall haben NPD-Funktionäre ihre Finger drin.

**Nachdem der erste Versuch, die NPD zu verbieten, gescheitert ist – warum ist jetzt der richtige Zeitpunkt, einen erneuten Antrag zu stellen?**

Weil wir davon ausgehen können, dass die V-Leute in den Vorständen der NPD abgeschaltet wurden. Auch die Tatsache, dass im NSU-Prozess zwei ehemalige NPD-Funktionäre auf der Anklagebank sitzen, macht deutlich, dass einige diese Partei bisher wohl falsch eingeschätzt haben.

**Was wären die Konsequenzen eines scheiternden Verbotverfahrens? Wäre damit ein Verbot in Zukunft ausgeschlossen?**

Wir sollten aufhören, ständig diese Waswäre-wenn-Diskussion zu führen. Demokratie muss wehrhaft sein, und dafür brauchen wir Mut und Tatkraft. In der Weimarer Republik gab es zu viele Zögerer und Zauderer und zu wenig mutige Demokraten wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und ihren Vorsitzenden Otto Wels.

**Der Bundesrat hat bereits beschlossen, einen Verbotsantrag zu stellen. Weshalb ist es nun wichtig, dass auch der Bundestag zusätzlich einen Antrag stellt?**

Weil alle drei Verfassungsorgane – Bundesrat, Bundestag und Bundesregierung – an einem Strang ziehen sollten. Das wäre ein deutliches Zeichen.

**Die Morde des NSU haben den Fokus wieder auf Terrorismus von Rechts gelenkt. Wie haben die neuesten Ermittlungserkenntnisse die Entscheidung, einen Verbotsantrag zu stellen, beeinflusst?**

Natürlich haben diese terroristischen Mordtaten und die Umstände, die nun zu Tage treten, die Forderung nach einem Verbot der NPD noch einmal verstärkt. Ein damaliger NPD-Funktionär soll die Waffe besorgt, das Abtauchen des Zwickauer Trios organisiert und sie mitfinanziert haben. Das macht die Verbindungen deutlich.

**Rassismus und Nationalismus sind nicht nur in der NPD zu finden. Welche Maßnahmen über ein NPD-Verbot hinaus müssen getroffen werden?**

Ein Verbot der NPD wird die Strukturen im ganzen rechtsextremistischen Lager erst einmal empfindlich stören. Natürlich darf das nicht das Ende des Kampfs gegen Rechts sein. Polizei und Ermittlungsbehörden müssen unterstützt werden, aber auch zivilgesellschaftlich muss dagegen gehalten werden. Wir brauchen Sozialstrukturen in den Kommunen, die nicht von Rechtsextremen dominiert werden und mehr politische Bildung. Und ich bleibe ich dabei: Ein Verbot der NPD ist eine wichtige Voraussetzung, um den gesamten braunen Sumpf trocken zu legen.

# Mein Standpunkt

---

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Regierung Merkel hat keine Lösungen für die Herausforderungen, die vor uns liegen. Keine Ideen, wie wir künftig leben wollen. Sie hat den schwachen Schultern mehr aufgeladen und viel Geld für eine Klientelpolitik verschwendet, von der die Wohlhabenden das meiste hatten.

Deutschland ist noch immer stark. Aber auch unser Land hält eine solche Regierung auf Dauer nicht aus. Investitionen gehen zurück. Der Arbeitsmarkt stagniert. Die soziale Aufwärtsmobilität erlahmt. Dagegen wollen wir angehen. Deshalb setzen wir unser „Projekt Zukunft“ gemeinsam mit den SPD-Landtagsfraktionen in ganz Deutschland fort.

In diesen Tagen haben wir die bundesweite Veranstaltungsreihe „Zukunftsforen – Deutschland 2020“ gestartet. Das erste Forum in Stuttgart stellte die Frage nach der Zukunft der Industrie in Deutschland. Gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg haben wir Unternehmen, Gewerkschaften, Politik, Wissenschaft und Medien eingeladen, um über eine moderne und innovative Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Hubertus Heil, Peer Steinbrück, Rita Schwarzelühr-Sutter entwickelten zusammen mit Nils Schmid unsere Antworten auf die großen Herausforderungen – von der Krise in Europa, über Energiepreise und Energieeffizienz bis zu Bildung und Fachkräftemangel. Im März und April folgen Zukunftsforen in München zum Kreativpakt, in Bremen zum demografischen Wandel, in Hessen zur Bändigung der Finanzmärkte, in Nordrhein-Westfalen zum Infrastrukturkonsens. Wir werden auch in Brandenburg, in Sachsen und in Hamburg sein.

Wir suchen den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen ein gerechtes Land, eine selbstbewusste Demokratie, eine reiche Kultur und eine moderne Wirtschaft. Die Zeit für Schwarz-Gelb läuft ab.



A handwritten signature in black ink that reads "Frank-Walter Steinmeier". The signature is written in a cursive, flowing style.

**Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB**  
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Termine der Zukunftsforen können auf [www.spdfraktion.de/termine](http://www.spdfraktion.de/termine) nachgelesen werden.

# Rot-Grün: Banken strenger regulieren

Peer Steinbrück, Leiter des Fraktionsprojekts Neuregelung der Finanzmärkte, und der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin wollen gemeinsam die Banken und Finanzmärkte regulieren. Im Januar wurde von SPD und Grünen der Antrag „Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte – Für eine starke Europäische Bankenunion zur Beendigung der Staatshaftung bei Banken Krisen“ in den Bundestag eingebracht.



Die Krise des Euroraums ist vor allem auf eine Krise der Banken und der Finanzmärkte zurückzuführen. Der Finanzsektor ignorierte Risiken und vergab übermäßig Kredite – nicht zuletzt aufgrund vielfacher Deregulierung. Es kam in einzelnen Ländern zu starker privater Verschuldung und zu Vermögensblasen auf den Immobilienmärkten, finanziert durch massive Kapitalflüsse aus dem inner- und außereuropäischen Ausland. Durch die Finanzkrise kam es dann wiederum zu Kreditausfällen.

In der Debatte zu der rot-grünen Initiative sagte Peer Steinbrück: „Die Folgen der Finanzkrise kosten mehr als Geld, sie kosten Vertrauen. Unsere Aufgabe in der Politik ist es, die Steuerzahler zu schützen.“

## Ursachen der Krise bekämpfen

Um die seit der Finanzmarktkrise verlorene Stabilität in Europa zurückzugewinnen, um die Rezession zu überwinden und Staatsverschuldung auf Dauer zu senken, müssen die Ursachen der Krise bekämpft werden. Wer Risiken eingeht, muss auch haften. Der Antrag fordert als erste Schritte ein europäisches Abwicklungsregime und eine europäische Abwicklungsbehörde für insolvente Banken. Außerdem muss es einen Bankfonds geben, mit dem die Eigentümerinnen und Eigentümer der Banken, die von Gewinnen profitieren, in Zukunft selbst für die Kosten der Rettung aufkommen.

Die bisherige europäische Aufsichtsarchitektur genügt diesen Anforderungen bei weitem nicht. In dem gemeinsamen Antrag plädieren wir mit den Grünen für eine europäische Bankenaufsicht zur direkten Kontrolle grenzüberschreitend tätiger, systemrelevanter Banken und zur Bekämpfung systemischer Risiken. Peer Steinbrück sagte dazu im Plenum: „Die Steuerzahler müssen entlastet werden, es geht hier um eine Krise labiler Banken und ungezügelter Finanzmärkte.“ Es könne nicht sein, dass Banken ein Drohpotenzial besäßen, Staaten zu erpressen, frei nach dem Motto: Scheitern wir, scheitert eure Volkswirtschaft.

Die Einführung europaweit harmonisierter Mindeststandards für Einlagensicherungssysteme und eines europaweit einheitlichen Sanierungs- und Abwicklungsregimes für Kreditinstitute können bei richtiger Ausgestaltung und konsequenter Umsetzung wichtige Bedingungen sein, um die Staatshaftung für den Bankensektor zu beenden.

Der Antrag kann auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder über den untenstehenden QR-Code nachgelesen werden.



## Erpressungspotenzial der Banken verringern

Ziel des Antrags ist es, Zahlungsverkehr und private Kundeneinlagen abzusichern, die Finanzstabilität zu gewährleisten und das Erpressungspotenzial der Banken zu verringern. Denn so lässt sich eine Steuerfinanzierung der Bankenrisiken ausschließen und eine Trennung von Staats- und Bankenrisiken vollziehen. Sowohl Steuerzahlerinnen und Steuerzahler als auch private Kundeneinlagen sollen vor den Risiken einer Bankeninsolvenz geschützt werden.

Peer Steinbrück stellte klar: „Steuergerechtigkeit ist eine Demokratiefrage, sie betrifft das Gleichgewicht in unserer Gesellschaft“.

## Tradition der Bundesschatzbriefe fortsetzen

Die Finanzagentur Deutschland organisiert die Kreditaufnahme und das Schuldenmanagement des Bundes. Es war gute Tradition, dass Bürgerinnen und Bürger Anleihen des Staates erwerben konnten. Für Sparer war das eine beliebte, sichere und nicht spekulative Anlageform. Die Bundesregierung aber hat das Privatkundengeschäft der Agentur Ende 2012 auslaufen lassen.

In dem Antrag „Privatkundengeschäft der Finanzagentur Deutschland GmbH fortsetzen“ fordern wir die Bundesregierung auf, die Bundesschatzbriefe beizubehalten. Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, sieht in den Bundesschatzbriefen eine Tradition der Bürgerinnen und Bürger, ein emotionales und finanzielles Band zur Bundesrepublik herzustellen.

### Private Sparer helfen bei der Refinanzierung

Jetzt soll nach Plänen der Koalition diese Anlagemöglichkeit aus finanzpolitischen Gründen abgeschafft werden. In der Finanzmarktkrise profitiert Deutschland bislang von historisch niedrigen Zinsen, da Schuldtitel des Bundes weltweit weiterhin als sehr sicher beurteilt und stark nachgefragt werden. Die Refinanzierungskrise im Euro-Raum hat aber gezeigt, welchen Risiken ein Schuldenmanagement ausgesetzt ist, wenn es ganz oder überwiegend auf institutionellen Investoren auf den Geld- und Kapitalmärkten aufbaut.

Ein stärkeres Engagement privater Vermögenger kann eine deutliche Entspannung der Refinanzierungssituation bringen, weil es mehr Unabhängigkeit gegenüber den Finanzmarktakteuren ermöglicht. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist die Entscheidung der Bundesregierung, das Privatkundengeschäft der Finanzagentur einzustellen, nicht tragbar.

## Energiewende braucht starke Forschung

Die Energiewende ist eine große Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft und vor allem für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Zudem soll Deutschland langfristig unabhängig von fossilen Energieträgern wie Kohle und Öl werden. Und unser Land kann bei den Lösungen zur Bewältigung der Klima- und Energiekrise international vorangehen.

Wenn Deutschland bis zum Jahr 2050 Strom vollständig aus erneuerbaren Energien gewinnen will, muss die Energieforschung konsequent auf dieses Ziel ausgerichtet werden. Die Entwicklungen und Förderung von neuen Energiedienstleistungen und die Energiesystemtechnik – Netzausbau, Netzintegration, Energiemanagement – kommen im 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung zu kurz. Auch die Finanzierung der Energieforschung muss gesichert werden. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Starke Forschung für die Energiewende“ in den Bundestag eingebracht.

Darin fordert sie die Bundesregierung auf, die Energieforschung ressortübergreifend zu fördern. Dazu sollen u. a. die Mittel für die Atomforschung wegen der geringeren Bedeutung der Atomenergie am deutschen Energiemix umgeschichtet werden. Forschungsprogramme in den Bereichen Erneuerbare Energien, Strom- und Wärmespeicherung und intelligente Stromnetze sind auszubauen. Und die Forschungsmittel zur Effizienzverbesserung bei energieintensiven Prozessen und Technologien in der Industrie sollen aufgestockt werden. Daneben sind die Verbraucherforschung und die Erforschung der sozialen Auswirkungen der Energiewende zu intensivieren. Gemeinsam mit den Bundesländern muss eine Strategie zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Energieforschung entwickelt werden. Eine grenzüberschreitende Energieforschung ist auf europäischer Ebene auszubauen.



## Künftige Wirtschaftskrisen meistern

---

Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung schwankt zwischen Optimismus und Euphemismus und beruht auf der Annahme, dass es keine weitere negative Entwicklung in der Schuldenkrise gibt. Ist dies jedoch nicht der Fall, muss Deutschland gewappnet sein. Die Bundesregierung hingegen wartet tatenlos ab.

Ein wichtiger Puffer gegen eine Wirtschaftskrise ist das konjunkturelle Kurzarbeitergeld (KuG). Damit wurde bereits in der vergangenen Krise erfolgreich Arbeitslosigkeit vermieden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten ihre Arbeit behalten, Arbeitgeber nach der Krise unmittelbar wieder durchstarten, ohne Personal suchen zu müssen. Es hat sich auch gezeigt, dass die Gefahr von Missbrauch beim KuG massiv überschätzt wird. Die Regelungen zur Kurzarbeit haben sich bewährt und es ermöglicht, dass Deutschland besser als seine Nachbarn die Krise bewältigt hat. Deutschland bekam dafür international viel Anerkennung.

Das Instrumentarium, welches dieses kleine „Wunder“ möglich gemacht hat, soll nach dem Willen der SPD auch im Jahr 2013 in der bewährten Form zur Verfügung stehen. Wie das erfolgen kann, skizzieren wir in unserem Antrag „Künftige Wirtschaftskrisen erfolgreich meistern – Kurzarbeitergeld unter erleichterten Bedingungen wieder einführen“. Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass im Krisenfall die Kurzarbeit wieder unter erleichterten Bedingungen schnell und unbürokratisch eingesetzt werden kann, ohne dass es noch langwieriger Gesetzesänderungen bedarf. Dies ist keine Spiegelfechterei, sondern dringend geboten. Erst neulich hat MAN tausende Mitarbeiter für ein halbes Jahr in Kurzarbeit geschickt. Das ist wahrscheinlich nur der Anfang, andere werden folgen. Wer klug ist, sorgt vor.

## Transparenz für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung

---

Die schlimmen Brandunglücke in Textilfabriken in Bangladesch und Pakistan, bei denen im vergangenen Herbst 350 Arbeiterinnen starben, haben auf erschreckende Weise verdeutlicht: Die Arbeitsbedingungen sind in vielen Produktionsstätten katastrophal. Damit sich diese Zustände verbessern, müssen wir an vielen Fronten kämpfen. Ein wichtiger Punkt ist mehr Transparenz darüber, unter welchen Bedingungen Firmen weltweit ihre Waren produzieren. Diese Offenlegungspflichten fordert die SPD in einem Antrag.

Für eine wirksame Durchsetzung sind europaweit einheitliche Regeln nötig. EU-Binnenmarktkommissar Barnier hat eine begrüßenswerte Initiative gestartet. Statt dies zu unterstützen, bremst die Regierung Merkel jedoch alle Bemühungen um mehr Transparenz aus. Damit verhindert Schwarz-Gelb, dass Missstände aufgedeckt und beseitigt werden. CDU/CSU und FDP wollen die Verbraucher offenbar ahnungslos halten und lassen damit auch die Beschäftigten im Regen stehen.

Bisher gelten in Deutschland selbst für Konzerne nur lasche Berichtspflichten hinsichtlich der Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Arbeitsbedingungen und Umwelt. Wir wollen deshalb alle großen Unternehmen verpflichten, diese Informationen nach einheitlichen Standards wahrheitsgemäß und vollständig offenzulegen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen später angemessen einbezogen werden. Es muss öffentlich werden, wo Niedriglöhne gezahlt werden, wo sich Arbeitsunfälle häufen, wo Betriebsräte wie in Bangladesch behindert werden und wo Kinderarbeit stattfindet. Nur so können sich Verbraucherinnen und Verbraucher für fair und nachhaltig hergestellte Produkte entscheiden und damit zu besseren Arbeitsbedingungen weltweit beitragen.



# Regierung will Arbeitgeberschutz statt Arbeitnehmerdatenschutz

Die Bundesregierung wollte im Januar 2013 ihr so genanntes Beschäftigtendatenschutzgesetz durch den Bundestag bringen. Doch die Kritik von Opposition, Gewerkschaften, Medien und Datenschützern ist auch nach Änderungen am Gesetzentwurf derart heftig, dass das Vorhaben von der Tagesordnung verschwunden ist: erst im Innenausschuss des Bundestages und dann von der Plenartagesordnung. Die SPD-Bundestagsfraktion geht davon aus, dass das Gesetz nicht mehr beschlossen wird.

Dem Namen nach klingt der Gesetzentwurf arbeitnehmerfreundlich. Doch es ist eine Mogelpackung, die mal wieder ein schwarz-gelbes Klientelgeschenk enthält.

Für die FDP, die proklamiert, die Partei der Bürgerrechte zu sein, scheint deren Schutz aufzuhören, wenn es um Beschäftigte geht. Und bei der Union hat sich der Wirtschaftsflügel durchgesetzt. SPD-Fraktionsvizein Christine Lambrecht spricht von einem Arbeitgeberschutzgesetz. Geht es nach ihr und dem Berichterstatter Gerold Reichenbach, dann gehört der Entwurf „in die Tonne“. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer, Thomas Oppermann, erklärt: „Ein solches Gesetz schafft keinen Betriebsfrieden. Es ist ein Arbeitnehmerüberwachungsgesetz“. Die Gewerkschaft ver.di stellt fest, dass es besser ist, es beim Status quo zu belassen als dieses Gesetz zu beschließen.



## Warum ist der Arbeitnehmerdatenschutz zu regeln?

Zahlreiche Datenskandale auch in großen Unternehmen wie der Telekom, bei den Handelsketten Lidl und Aldi Süd sowie bei der Bahn zeigten, wie perfide Arbeitgeber ihre Mitarbeiter/innen bespitzeln und ausforschen: durch heimliche Videoüberwachungen, das Mitschneiden von Telefongesprächen, die Kontrolle der E-Mail-Kommunikation sowie der Internetnutzung am Arbeitsplatz. Es ist daher dringend nötig, den Schutz von Beschäftigtendaten eindeutig zu regeln.

Die bisherigen Regelungen zum Datenschutz am Arbeitsplatz sind weit gestreut und unübersichtlich. Deshalb will die SPD-Fraktion für den Arbeitnehmerdatenschutz ein eigenständiges Gesetz. Es sollen Rechtssicherheit, Rechtsklarheit und Transparenz hergestellt und Regelungslücken geschlossen werden. Bereits in der Großen Koalition hat der damalige Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) einen Gesetzentwurf erarbeiten lassen. Es war jedoch nicht mehr möglich, sich mit der Union darüber zu verständigen. Diesen Entwurf hat die SPD-Fraktion dann nach der Bundestagswahl Ende 2009 in den Bundestag eingebracht. Einen weitergehenden Antrag hat sie im Herbst 2011 vorgelegt.

## Was ist dran am schwarz-gelben Arbeitnehmerdatenschutz?

Die Entrüstung der Öffentlichkeit über die Bespitzelungsskandale brachten auch Schwarz-Gelb dazu, das Thema populistisch für sich zu entdecken. Im Dezember 2010 legte die Regierung einen Entwurf vor, den die Sachverständigen in einer Anhörung des Innenausschusses im Mai 2011 überwiegend als völlig ungeeignet bezeichneten. Danach wurde es ruhig. Bis zum 10. Januar dieses Jahres, da legten Union und FDP einen Änderungsantrag vor, der den Gesetzentwurf nicht wirklich verbesserte. Unter dem Label, dass nun die heimliche Videoüberwachung verboten sei, versuchte Schwarz-Gelb der Öffentlichkeit das Gesetz zu verkaufen. Dabei ist die heimliche Videoüberwachung am Arbeitsplatz bereits mehrfach gerichtlich untersagt worden. Und schwerer wiegt, dass der Gesetzentwurf arbeitnehmerfeindliche Praktiken der Datenerhebung und Überwachung legalisiert. ver.di-Bundesvorstandsmitglied Lothar Schröder meint dazu, dass damit der Telekom-Datenskandal von 2007 legitimiert wäre.

Der Antrag kann auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder über den untenstehenden QR-Code nachgelesen werden.



## Was kritisiert die SPD-Fraktion am Regierungsentwurf?

**Fragerecht bei Vorstellungsgesprächen:** Der Gesetzentwurf lässt offen, ob Arbeitgeber bei Vorstellungsgesprächen Fragen nach Schwangerschaft oder Behinderung stellen dürfen oder nicht. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und dem Europäischen Gerichtshof sind diese Fragen verboten. Die SPD-Fraktion fordert zusätzlich das Verbot von Fragen nach Ehrenämtern und den Vermögensverhältnissen von Bewerbern.

**Erhebung öffentlich zugänglicher Daten:** Daten von Bewerbern/innen, die im Internet öffentlich zugänglich sind, sollen, wenn es nach Schwarz-Gelb geht, ohne Mitwirkung oder Zustimmung der Betroffenen durch Arbeitgeber erhoben werden dürfen. Darunter fallen auch die für alle Mitglieder offenen Bereiche der Sozialen Netzwerke wie facebook.

Die SPD-Fraktion lehnt eine Datenerhebung der im Internet verfügbaren Daten von Bewerber/innen ab. Zum einen, weil sich die Öffentlichkeitseinstellungen der Sozialen Netzwerke häufig ändern, und zum anderen können Daten ohne Wissen der Betroffenen durch Dritte öffentlich gemacht werden.

**Daten-Screening/automatisierter Abgleich und Datenerhebung:** Arbeitnehmer/innen dürfen nach dem Gesetzentwurf durch einen automatisierten Datenabgleich überwacht werden, um Straftaten vorzubeugen. Weitere Gründe dafür sind die Aufdeckung von Pflichtverletzungen der Beschäftigten sowie die Überprüfung der Einhaltung von Unternehmensregeln. Wenn der unbegründete Verdacht besteht, dass in einem Unternehmen Untreue, Vorteilsnahme oder Bestechlichkeit vorliegen könnten, soll der Arbeitgeber berechtigt sein, die Beschäftigten auszuspionieren. Die SPD-Fraktion will einen Datenabgleich nur zulassen, wenn Straftaten vor allem aus dem Bereich der Korruption konkret verfolgt werden. Die Datenerhebung ohne Kenntnis der Beschäftigten darf nur möglich sein, wenn es tatsächliche und dokumentierte Anhaltspunkte für den Verdacht einer solchen Straftat gibt. Bei schweren Pflichtverletzungen oder zur Prävention von Straftaten soll die Datenerhebung nicht zulässig sein.

**Datenerhebung von Beschäftigten:** Geht es nach Union und FDP, sollen ärztliche Untersuchungen von Beschäftigten bei einem Wechsel der Tätigkeit im Unternehmen erlaubt sein, und zwar ohne sachlichen Grund. Es ist zu vermuten, dass diese uneingeschränkte Regelung vor allem zulasten älterer Arbeitnehmer/innen geht. Das geht zu weit. Die SPD-Fraktion lehnt diese Regelung ab.

**Videoüberwachung:** Auch der geänderte Gesetzentwurf ermöglicht Videoüberwachung als vorbeugende Maßnahme ohne zeitliche Begrenzung. Union und FDP wollen erlauben, dass Beschäftigte zur Qualitätskontrolle, zur Wahrnehmung des Hausrechts, zur Zutrittskontrolle, zur Sicherheit der Beschäftigten, zum Schutz von Eigentum, zur Sicherung von Anlagen und zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit des Betriebes überwacht werden dürfen. Nur in Toiletten oder Umkleieräumen soll Videoüberwachung verboten sein. In Pausenräumen, in denen auch Besprechungen stattfinden, soll sie jedoch zulässig sein. Die Arbeitgeber müssen nur ihre Beschäftigten darüber informieren, dass gefilmt wird, ohne mitzuteilen wann, wo und zu welchem Zweck.

Die SPD-Fraktion fordert das Verbot der Videoüberwachung zur Qualitätskontrolle. Auch der Schutz des Eigentums geht zu weit, weil diese Klausel ständig angewandt werden kann. Deshalb soll dies auf Fälle beschränkt werden, bei denen ein besonderes Sicherheitsinteresse der Arbeitsstätte besteht, z. B. wenn besonders wertvolle oder besonders gefährliche Güter produziert werden. Ebenso sollen Arbeitgeber ihren Mitarbeitern/innen Zeit, Ort und Zweck der Videoüberwachung im Unternehmen mitteilen.

**Callcenter-Regelung:** Beschäftigte in Callcentern sollen nach dem schwarz-gelben Gesetzentwurf weiter einer Dauerüberwachung ausgesetzt werden dürfen. Vor allem für die Verhaltens- und Leistungskontrolle soll es keine zeitliche Begrenzung geben. Das übt einen permanenten psychischen Druck auf die Beschäftigten aus. Deshalb ist sie nach der Rechtsprechung verfassungswidrig. Denn eine dauerhafte Überwachung von Mitarbeitern/innen widerspricht dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Eine Verhaltenskontrolle will die SPD-Fraktion nur zulassen, wenn es konkrete Anhaltspunkte für Fehlverhalten gibt, die auch dokumentiert sind. Generelle Überwachung in Callcentern gilt es zu verbieten.

# Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt

**Das Wohnungsangebot in Deutschland ist unterschiedlich: In Ballungsräumen, Großstädten und vielen Universitätsstädten sind Wohnungen Mangelware, und in strukturschwachen Regionen und einigen ländlichen Räumen stehen Wohnungen leer, und die Immobilienpreise verfallen.**

Mit einem Mieteranteil von gut 50 Prozent ist Deutschland ein Mieterland. Der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum bleibt soziales Kernthema. Nach Wohnraumsanierungen werden Mieten in Ballungszentren drastisch erhöht. Einsparungen bei den Energiekosten kompensieren den Mietanstieg bei weitem nicht. Bei Neuvertragsmieten ist die Entwicklung nach oben noch drastischer. Langfristig wirkt sich dies auf den Gesamtmietenspiegel und die Bestandsmieten aus. Die Folge ist Verdrängung aus Stadtquartieren, bezahlbare Wohnungen werden Mangelware. Im Durchschnitt schlagen Kaltmiete und Nebenkosten heute mit 34,1 Prozent des Haushaltseinkommens zu Buche. Bei Haushaltseinkommen bis 1.300 Euro netto sind es sogar 45 Prozent. Darüber hinaus machen den Menschen die steigenden Energiepreise zu schaffen, aber auch die Kostenverteilung bei der energetischen Sanierung, die Schwarz-Gelb mit der Mietrechtsnovelle eindeutig zu Lasten der Mieter verschoben hat.

**„Wohnen ist Grundrecht.  
Gutes Wohnen unser Leitmotiv.  
Bezahlbares Wohnen unser Ziel.“**

*Florian Pronold, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender*

Insgesamt ist der Wohnungsmarkt nicht mehr so entspannt, wie er es in vielen Regionen noch vor einigen Jahren war. Mittlerweile finden immer mehr Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen in den Innenstädten kaum noch bezahlbare Wohnungen. Denn der Wohnungsbedarf steigt trotz sinkender Bevölkerungszahlen. Der Wunsch nach mehr Wohnfläche pro Person und die Zunahme an Singlehaushalten bedingen steigende Haushaltszahlen. Zudem hält der Trend an, in der Innenstadt wohnen zu wollen. Es wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Haushalte von derzeit 40,3 Millionen bis 2025 auf 41,1 Millionen anwächst.

Aktuell werden pro Jahr ca. 190.000 Wohnungen gebaut, davon sind ca. 70.000 Mietwohnungen. Ausgehend von den zehn größten Städten spricht der Deutsche Mieterbund von einem Bedarf von 100.000 neuen Wohnungen. Bundesweit geht er bis 2025 von 750.000 benötigten neuen Woh-

nungen aus. Der Bestand an Sozialwohnungen ist in den letzten Jahren auf nur noch 1,5 Millionen Wohnungen stark zurückgegangen.

Zur Klausur der SPD-Bundestagsfraktion haben Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Stephan Weil das Papier „Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt“ vorgelegt. Wichtigste Ziele sind soziale Städte und lebenswerte Quartiere mit bezahlbarem Wohnraum. Hierzu wollen wir den Anstieg der Mietpreise begrenzen, die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau verstetigen, die energetische Sanierung sowie der familien- und altersgerechte Umbau von Häusern und Wohnungen verlässlich unterstützen und begleiten. Die SPD-Bundestagsfraktion will dem Auseinanderdriften in reiche und sozial schwierige Wohnviertel entgegenwirken. Im Folgenden haben wir das Papier zusammengefasst.

## **Wohnungsbau konsequent fördern**

Die SPD setzt sich in Bund und Ländern dafür ein, dass der Bund die jährlichen Kompensationsmittel für die soziale Wohnraumförderung in Höhe von rund 518 Millionen Euro auf bisherigem Niveau bis 2019 fortführt.

## **Im Bundesrat für eine soziale Wohnungs- und Städtebaupolitik kämpfen**

Nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen haben SPD und Grüne im Bundesrat eine Mehrheit, die sie verantwortungsvoll für die Bürger/innen nutzen werden. Die SPD will im Bund eine aktive Wohnungs- und Städtebaupolitik gestalten. Dazu werden die rot-grün-regierten Länder Initiativen in die Länderkammer einbringen.

## **Unsoziale Mietrechtsänderung rückgängig machen, Mietsteigerungen begrenzen**

Unser Ziel ist es, die Mietpreisspirale am Wohnungsmarkt zu stoppen. Die gerade beschlossene Mietrechtsänderung ist unsozial, wir wollen sie rückgängig machen. Im Gegensatz zur Bundesregierung fordern wir eine Mietpreisbegrenzung nicht nur für Bestands-, sondern auch für Neumieten. Bei Neuvermietungen darf die Miete um nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden.

Mieter/innen dürfen bei Sanierungen nicht durch überhöhte Mietpreisaufschläge aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Diese Kosten dürfen nicht einseitig zu ihren Lasten gehen. Deshalb

sollen Vermieter bei Sanierungen maximal nur noch neun Prozent der Kosten pro Jahr auf die Mieter/innen umlegen dürfen. Dabei muss bei energetischen Sanierungen sichergestellt sein, dass nur effiziente Maßnahmen umgesetzt werden, die tatsächlich Energie sparen.

**Wer den Makler bestellt, muss ihn auch zahlen**

Künftig muss bei der Inanspruchnahme von Maklern der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.

**Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen**

In der kommenden Legislaturperiode wollen die Sozialdemokraten ein „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ zwischen Bund, Ländern und Kommunen, Mieter- und Sozialverbänden und der Bau- und Wohnungswirtschaft schließen.

**Städtebau fördern, „Soziale Stadt“ wird Leitprogramm**

Die Städtebauförderung wird von der SPD wieder verlässlich ausgestattet. Das Programm „Soziale Stadt“ soll zum Leitprogramm werden. Es gilt die großen Herausforderungen sozialer Zusammenhalt, Integration, den demografischen Wandel und alters- und klimagerechten Stadtumbau anzupacken. Die soziale Gesellschaft beginnt in der sozialen Stadt. Dort gilt es, Zusammenhalt, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen, um demokratisches Bewusstsein zu stärken. Dazu werden Kräfte und Maßnahmen gebündelt, koordiniert Hilfen angeboten und die betroffenen Menschen aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes beteiligt.

**„Gute und energetisch sanierte Wohnungen dürfen kein Luxusgut werden.**

**Sie müssen für alle erschwinglich sein.“**

*Sören Bartol, MdB, Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung*

**Investitionen in Kommunen möglich machen, Genossenschaften stärken**

Im Rahmen eines Investitionspaktes für die Kommunen, mit den Ländern geschlossen, wird ein „Eigenanteilfonds“ dafür sorgen, dass Städte und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können.

Mit einem Sonderprogramm sollen Wohnungsgenossenschaften gefördert werden. Damit soll der Neubau von Wohnungen angestoßen werden. Wohnungsunternehmen in kommunaler und genossenschaftlicher Hand sind Garanten für Mietsicherheit.

**Gebäudesanierung verlässlich finanzieren, Zuschuss für Heizkosten**

Die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung muss durch den Bund wieder verlässlich gefördert werden. Die Förderung der energetischen Sanierung soll so ausgerichtet sein, dass mit geringstmöglichem Aufwand eine möglichst große Energieeinsparung erreicht wird und möglichst vielen Mietern/innen und Wohnungseigentümern/innen zu Gute kommt. Dazu wollen die Sozialdemokraten 2 Milliarden Euro für die Finanzierung sicherstellen. Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld soll wieder eingeführt werden.

**Barrierefreie Gebäude**

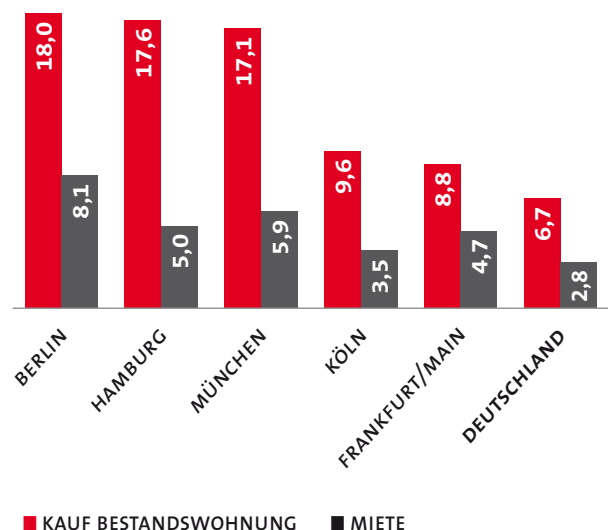
Die SPD will dafür sorgen, dass jeder Mensch so lange wie möglich in seinen eigenen vier Wänden leben kann. Das muss bis ins hohe Alter mindestens bis zur Pflegestufe 2 gelten. Der altersgerechte Umbau darf keine Frage des Geldes sein. Dazu werden die von der Regierung Merkel gestrichenen Zuschüsse der KfW für den Abbau von Barrieren in Wohnungen und Häusern wieder eingeführt.

In den kommenden Wochen und Monaten wird die SPD-Bundestagsfraktion diese Forderungen in Anträgen konkretisieren. Fraktion Intern wird kontinuierlich darüber berichten. Zur Entwicklung der ländlichen Räume hat die Fraktion bereits ihr umfangreiches Positionspapier „Gutes Leben, Gute Innovationen, Gute Arbeit – Politik für ländliche Räume effektiv und effizient gestalten“ beschlossen (Fraktion Intern 04/2012). Mittlerweile hat sie dazu auch einen Antrag (Drs. 17/11031) ins Parlament eingebracht.

**Teurer Wohnraum**

Erhöhung von Immobilienpreisen 2011 bis 2012\*

In Prozent



\* Vergleichsmonat September  
Quelle: IMX-Immobilienpreisindex/ImmobilienScout24.de, DGB einblick 22/12

## SPD will eine eigenständige Jugendpolitik

Die Anforderungen an die jüngere Generation steigen. Hier ist die Politik gefordert. Sie muss für Jugendliche die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit sie ihr Leben gestalten können. Bis auf eine PR-trächtige Veranstaltung hat die für Jugendpolitik zuständige Ministerin Kristina Schröder (CDU) bisher nichts zustande gebracht.

Die SPD-Fraktion fordert in einem Antrag eine Gesamtstrategie in der Jugendpolitik. Zudem soll ein Jugendpolitik-TÜV z. B. Gesetzentwürfe zu ihren Auswirkungen auf Jugendliche überprüfen. Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend soll ein/e Staatssekretär/in explizit für Jugendpolitik zuständig sein. Im Mittelpunkt steht ein Bildungssystem, das allen Jugendlichen eine gute Bildung vermittelt, elterntausbedingte Unterschiede ausgleicht und damit Chancengleichheit schafft. Dazu sollen Ganztagschulen flächendeckend ausgebaut und ein leistungsfähiges Schüler-BAföG eingeführt werden. Gemeinsam mit den Ländern ist sicherzustellen, dass alle, die studieren wollen, auch einen Studienplatz erhalten. Jugendliche sollen das Recht auf eine Ausbildung haben. Bildung, Ausbildung und Studium sollen gebührenfrei sein.

Jugendliche sollen stärker an demokratischen Entscheidungen teilhaben, deshalb sollen sie künftig ab dem 16. Lebensjahr an Bundes- und Europawahlen teilnehmen dürfen. Jede/r Jugendliche soll ein Freiwilliges Soziales Jahr oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr absolvieren können. Damit sich junge Menschen mit Migrationshintergrund besser integrieren können, sollen sie auch nach Vollendung des 18. Lebensjahrs beide Staatsbürgerschaften behalten dürfen. Internationale Jugendbegegnungen sollen als beste Prävention gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit allen offen stehen. Jugendliche sollen digitale Kommunikation selbständig nutzen können und lernen, sich vor den Risiken zu schützen. Darüber hinaus soll die Gesundheitsförderung in der Jugendpolitik eine größere Rolle spielen.

## Online-Beteiligung: Zukunftsdialog startet wieder

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte erneut mit Bürgerinnen und Bürgern zukunftsfähige politische Konzepte erarbeiten. Um möglichst vielen Menschen das Mitmachen zu ermöglichen, gehen wir neue Wege: Mit unseren Fraktionsdebatten auf Basis der Internetplattform Adhocracy wollen wir mehr Menschen am „Projekt Zukunft“ beteiligen, die Transparenz von Meinungsbildungsprozessen und politischen Entscheidungen erhöhen sowie eine neue demokratische Partizipationskultur im parlamentarischen Raum etablieren. Die erste Debatte in diesem Jahr hat das Ziel, Lösungen für Chancengleichheit für Frauen und Männer in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erarbeiten. Unser Ziel ist es, tragfähige und realisierbare Politikkonzepte zu entwickeln. Bis Ende Februar können die Nutzerinnen und Nutzer des Portals zu verschiedenen Schwerpunkten diskutieren. Die Leitfragen lauten:

1. Offene Debatte: Was erwarten Frauen und Männer von der Geschlechterpolitik der SPD-Bundestagsfraktion?
2. Von der Zuverdienerin zur Verdienlerin: Vorschläge für eine Reform der Minijobs

Die über Adhocracy erarbeiteten Ergebnisse fließen in die Arbeit der Fraktion ein. Sie dienen der Vorbereitung der Debatte auf dem Empfang zum Internationalen Frauentag in Berlin. Am Abend des 27. Februars laden wir alle ein, die online mitdiskutiert haben oder dies vor Ort tun möchten. Es diskutieren die Abgeordneten Willi Brase, Christel Humme, Caren Marks, Peer Steinbrück und Dagmar Ziegler in offenen Gesprächsrunden mit den Gästen. Bis zum 22. Februar kann sich jeder über die Website der Bundestagsfraktion anmelden. Ladet andere Interessierte zur Online-Debatte ein und teilt eure Vorschläge in den Sozialen Netzwerken. Das Hashtag für die Debatte bei Twitter lautet #spddebatte.

Die Beteiligungsplattform findet sich unter der Adresse <http://debatten.spdfraktion.de> oder über den nebenstehenden QR-Code.



## Neues Kindergeld fördert Familien gerechter und wirkungsvoller

**Annette ist Unternehmensberaterin, ihr Mann arbeitet als Finanzanalyst bei einer großen Bank. Sie verdienen zusammen so viel, dass sie die Reichensteuer zahlen. Für ihren Sohn Felix bekommen sie jeden Monat rund 274 Euro Unterstützung: 184 Euro Kindergeld und über die Steuerfreibeträge noch eine kräftige Schippe von 90 Euro obendrauf.**

Annettes Schwester Silvia ist alleinerziehend, sie ist Sachbearbeiterin in einer Behörde. Ihre Tochter Marie ist dem Staat weniger wert: Sabine bekommt nur 184 Euro Kindergeld. Bei ihrem niedrigen Einkommen wirken die Steuerfreibeträge nicht.

So absurd und ungerecht ist die Familienförderung in Deutschland: Familien mit den höchsten Einkommen bekommen mehr für ihre Kinder als Familien mit kleinen und mittleren Einkommen. Mit dem Neuen Kindergeld stellen wir die Familienförderung vom Kopf auf die Füße.

1. Künftig soll gelten: Wer wenig hat, kriegt mehr Kindergeld! Das trifft auf Familien mit einem Bruttoeinkommen bis ca. 3 000 Euro monatlich zu. Sie bekommen einkommensabhängig ein höheres Kindergeld, das maximal 324 Euro für die ersten beiden Kinder, 330 Euro für das dritte und 355 Euro für das vierte und jedes weitere Kind beträgt.
2. Außerdem machen wir Schluss mit der Besserstellung von Familien mit hohem Einkommen. Das trifft auf Paarfamilien mit zwei Kindern und einem zu versteuernden Jahreseinkommen von mindestens 70.000 Euro zu. So hohe Einkommen hat weniger als jede fünfte Familie.
3. Für die meisten Familien, also Familien mit mittlerem Einkommen, ändert sich nichts. Sie bekommen selbstverständlich weiter das Kindergeld auf seinem aktuellem Niveau.

„Mit dem Neuen Kindergeld wird die Familienförderung gerechter, und die fatale Schere zwischen Oben und Unten wird sich ein klein bisschen schließen“, sagt SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler.

## Partnerschaftlichkeit in Familien stärken

**Die Familien- und Erwerbsarbeit, bezahlte und unbezahlte Arbeit ist in Deutschland zwischen Männern und Frauen ungleich verteilt. Immer noch sind es die Frauen, die unbezahlte Arbeit übernehmen und mehr Zeit für Haus- und Familienarbeit aufwenden.**

Die SPD-Bundestagsfraktion will erreichen, dass die Zeit zwischen den Geschlechtern gerechter verteilt wird und damit die Partnerschaftlichkeit stärken. In einem Antrag fordert sie die Bundesregierung auf, ein umfassendes Konzept für Arbeitszeitmodelle vorzulegen. Künftig soll eine geschlechtergerechte Arbeitsmarktpolitik betrieben werden. Dazu sei ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn einzuführen und die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Gemeinsam mit den Sozialpartnern soll ein Runder Tisch zur Erarbeitung eines Konzepts zur Wochenarbeitszeit einberufen werden. Durch die gesetzliche Verankerung von Arbeitszeitmodellen soll es einen Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit und den Anspruch auf Wiederaufstockung geben. Durch Arbeitszeitkonten sollen kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen z. B. zur Organisation von Pflege und Betreuung ermöglicht werden.

Die Änderungen von Schwarz-Gelb beim Elterngeld- und dem Elternzeitgesetz sollen zurückgenommen und das Elterngeld partnerschaftlicher weiterentwickelt werden. Zur Verbesserung der Kinderbetreuung soll ein Krippengipfel von Bund, Ländern und Gemeinden einberufen werden. Die Regierung soll sich bei den Ländern dafür einsetzen, dass es beitragsfreie und auf die Arbeitszeiten der Eltern abgestimmte Kinderbetreuung gibt. Zusätzlich soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung verankert werden. Und das Ehegattensplitting soll zu einer Individualbesteuerung reformiert werden. Für bestehende Ehen soll der Vertrauensschutz gelten.

# Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche weiter bekämpfen

Die Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches geht zögerlich voran. Die Arbeit muss mit Hochdruck weitergehen, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen und Betroffenen die notwendigen Hilfen zukommen zu lassen. Diese ernüchternde Bilanz ergab sich in einem Fachgespräch der SPD-Bundestagsfraktion ein Jahr nach Abschluss der Arbeit des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“. Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, und andere Expert/innen waren in der Fraktion zu Gast am 11. Dezember 2012.

Sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen ist eine der furchtbarsten Straftaten. Unter den Folgen leiden sie ein Leben lang. Vor wenigen Jahren hat das Bekanntwerden zahlreicher Missbrauchsfälle in kirchlichen, öffentlichen und privaten Einrichtungen ganz Deutschland erschüttert. Die Bundesregierung richtete 2010 einen Runden Tisch ein, der vor einem Jahr einen Abschlussbericht (Bundestags-Drs.17/8117) vorlegte. Seitdem arbeiten zahlreiche Akteur/innen im Bund, in den Ländern, in den Kommunen und Einrichtungen an der Umsetzung der Empfehlungen.

Viel zu tun bleibt beispielsweise noch beim Opferschutz und bei den Hilfen für Betroffene. So sind das Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG) und das ergänzende Hilfesystem für Betroffene, für das 100 Millionen Euro bereit gestellt werden sollen, noch nicht umgesetzt. Auch müssen Beratungsangebote weiter verbessert werden. Dabei ist der Bedarf an Hilfe und Unterstützung groß. Der Unabhängige Beauftragte bietet eine telefonische Anlaufstelle für Betroffene an. Knapp 30.000 Anrufe und Briefe sind dort bislang eingegangen.

Prof. Dr. Tatjana Hörnle, Strafrechtlerin von der Humboldt-Universität Berlin, weist auf den bestehenden rechtspolitischen Handlungsbedarf hin: „Es würde den Opfern helfen, die Verjährungsfristen im Strafrecht auszuweiten und dies mit höheren Altersgrenzen, bis zu der die Verjährungsfrist ruhen soll, zu kombinieren.“ Des Weiteren sieht sie strafrechtliche Schutzlücken beim Missbrauch von Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren. Die SPD-Bundestagsfraktion beteiligt sich an der Debatte über eine Veränderung von Verjährungsfristen im Straf- und Zivilrecht mit einem eigenen Gesetzentwurf (Bundestags-Drs. 17/3646).

Norbert Hocke von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sowie Norbert Struck, Jugendhilfereferent des Paritätischen Gesamtverbands, waren am Runden Tisch beteiligt und stellen

übereinstimmend fest, dass im Bereich der Jugendhilfe schon viele Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen umgesetzt werden. Aber in anderen Bereichen, beispielsweise im Gesundheitsbereich und im privat-gewerblichen Sektor, besteht noch großer Handlungsbedarf. Hier sind Schutzkonzepte für Kinder und Jugendliche längst nicht überall vorhanden. Norbert Hocke führt aus: „Bei den pädagogischen Berufen bedarf es eines Berufsethos, das einen Rahmen für den Umgang mit Kindern und Jugendlichen und für das Verhalten in Konfliktfällen vorgibt.“ Er weist auf die „Erklärung zum Berufsethos“ der Bildungsinternationale hin, die in Deutschland flächendeckend umgesetzt werden sollte.

Zum Abschluss der Veranstaltung hält die Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Marlene Rupprecht fest: „Das Wissen über Prävention, Intervention und Aufarbeitung von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen muss in allen Bereichen verankert werden, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten. Zudem wäre die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz ein wichtiges Signal an die Gesellschaft, Behörden und die Justiz.“ Zum Thema ist eine neue Kampagne mit dem Titel „Kein Raum für Missbrauch“ des Unabhängigen Beauftragten im Januar gestartet.

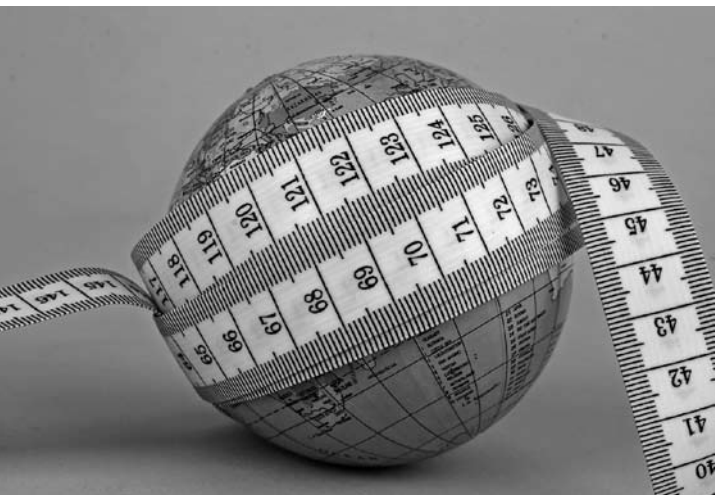


Mehr Infos unter  
[www.kein-raum-fuer-missbrauch.de](http://www.kein-raum-fuer-missbrauch.de)  
 oder über den  
 nebenstehenden QR-Code.



## Zeit für ein neues Wohlstandsmaß

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat ihr Indikatoren-Tableau verabschiedet. Damit ist es nach einer jahrzehntelangen Debatte über alternative Wohlstandsmaße endlich gelungen, dem Deutschen Bundestag ein neues Maß für Wohlstand vorzuschlagen. Indikatoren haben bereits in der Vergangenheit für politische Bewertungen und Entscheidungen eine wichtige Rolle gespielt. Bisher fehlte aber eine Gesamtschau der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung. Dies wird mit dem vorliegenden Vorschlag verändert.



Die soziale, die wirtschaftliche und die ökologische Entwicklung werden im Zusammenhang dargestellt und kommentiert. Wir schlagen dazu ein Set aus drei Leitindikatoren vor: materieller Wohlstand, Soziales/Teilhabe und Ökologie. Diese werden durch zehn Indikatoren und weitere grenzwertsensible Zusatzindizes („Warnlampen“) unterlegt. Zu diesem Set sollen die Sachverständigenräte für Wirtschaft und Umwelt (SVR und SRU) sowie die Bundesregierung Stellung nehmen. Zudem wollen wir prüfen, wie das bisherige Nebeneinander der zahlreichen Regierungsberichte und Beratungsgremien verbessert werden kann. Ein eigener Sachverständigenrat für nachhaltige Lebensqualität wäre dabei eine Option.

Die Verankerung der neuen Wohlstandsmessung in einem einzigen, in sich konsistenten Jahreswohlstandsbericht ist eine entscheidende Weichenstellung. Über die

Anzahl der Indikatoren bestehen in der Kommission unterschiedliche Ansichten. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion stellt das vorgeschlagene Tableau mit zehn Indikatoren und weiteren Warnlampen eine angemessene Lösung dar. Allerdings fehlt der Aspekt Ressourcenknappheit. Hierzu wird die SPD daher ein Sondervotum abgeben. Insgesamt verbindet das Set eine dem komplexen Thema Wohlstand angemessene Übersichtlichkeit mit Tiefe.

Die Debatte über die Entwicklung des Wohlstands in unserer Gesellschaft hat nun ein neues Fundament, auf das alle bauen können. Jede neue Bundesregierung wird sich dieser Frage nun systematisch stellen müssen. In Einzelbetrachtungen kann sie sich nicht mehr verlieren. Das ist das Verdienst der Enquete-Kommission. Eine wirksam verankerte Wohlstandsmessung bietet die Chance auf eine neue Qualität politischer Rechenschaftslegung. Das täte unserer Demokratie sehr gut.

Eine Wohlstandsbeschreibung, die über Wachstumszahlen hinausgeht, ist geboten. Die schwarz-gelben Koalitionsfraktionen setzen immer noch Wirtschaftswachstum und ein Mehr an Wohlstand weitgehend gleich. Der Opposition hingegen ist es in ihrem Bericht – allen Unterschieden zum Trotz – gelungen, eine robustere Wohlstandsperspektive aufzuzeigen. Darin wird beschrieben, wie etwa solide finanzierte Staatsfinanzen und Sozialversicherungssysteme, ein hohes Beschäftigungsniveau und gute Arbeitsbedingungen oder eine gerechte Verteilung des Wohlstands auch mit absehbar geringeren Wachstumsraten erreicht werden können. Denn Wirtschaftswachstum kann zwar helfen wichtige Politiziele zu erreichen, ist aber kein Ziel an sich.

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ wird in den nächsten Wochen weitere Erkenntnisse ihrer Arbeit in Handlungsempfehlungen zur nachhaltig gestaltenden Ordnungspolitik und zu Veränderungen in Lebensstilen, Konsumverhalten und Arbeitswelt niederlegen, die teilweise aber auch verschiedene Positionen und Einschätzungen widerspiegeln. Mitte April wird der gesamte Abschlussbericht der Kommission verabschiedet. Die SPD-Bundestagsfraktion wird die Ergebnisse in einer Abschlussveranstaltung der Öffentlichkeit vorstellen und diskutieren. Denn ein neues Wohlstandsmaß ist nur der Auftakt zu einer Politik für nachhaltige Entwicklung: mit uns, für die Bevölkerung.

## Intensivtierhaltung umwelt- und tierschutzgerecht regeln

Die Proteste von Bürgerinitiativen und Bauern gegen die ausufernde Intensivtierhaltung in riesigen Stallanlagen werden immer zahlreicher. Doch die Bundesregierung scheint das nicht zu interessieren. Sie sieht keinen Bedarf, die Entwicklung durch veränderte Rahmenbedingungen zu beschränken.

Ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion sieht vor, die anstehende Novellierung des Baugesetzbuches zu nutzen, um den Zubau weiterer Intensivtierhaltungsanlagen zu beschränken. Derzeit privilegiert das Baugesetzbuch die Errichtung dieser Anlagen im Außenbereich von Städten und Gemeinden – auf der grünen Wiese. Ursprünglich sollte diese Ausnahmeregelung die Entwicklung bäuerlicher Betriebe unterstützen. Diese Privilegierung soll künftig entfallen, wenn die unteren Schwellwerte nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) erreicht sind. Dadurch erhalten die betroffenen Kommunen die Möglichkeit, Intensivtierhaltung

steuern zu können. Sie soll nur noch in Gebieten entstehen können, deren Nutzung die Gemeinden in Bebauungs- und Flächennutzungsplänen unter Bürgerbeteiligung entsprechend abgewogen und gestaltet haben.

Darüber hinaus sieht das Positionspapier vor, das Umweltrecht zu stärken, um die Intensivtierhaltung zu beschränken und den Tierschutz in den Anlagen zu verbessern. Dazu soll u. a. ein Tierschutz-TÜV eingeführt werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in den vergangenen drei Jahren mit einer Vielzahl von Anträgen der Agrarlobby-gesteuerten Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung Alternativen für eine ökologische und tierschutzgerechte Tierhaltung entgegengesetzt.

Das Positionspapier kann auf [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de) oder über den nebenstehenden QR-Code nachgelesen werden.



## Wachstumspotenziale des Ökolandbaus in Deutschland ausschöpfen

Der ökologische Landbau ist eine besonders nachhaltige Form der Flächenbewirtschaftung. Denn Natur-, Klima-, Tier- und Artenschutz werden mit Wirtschaftlichkeit verbunden. Die Verbraucher/innen reagieren darauf und greifen zunehmend zu Produkten aus ökologischer Produktion. So ist der Umsatz von Biolebensmitteln im Jahr 2011 um neun Prozent gestiegen, die Anbaufläche aber nur um 3,2 Prozent. Die inländische Produktion vor allem bei Biokartoffeln, Biomöhren und Bioäpfeln bleibt weit hinter den Absatzmöglichkeiten zurück. Hier schlummert ein riesiges Wachstumspotenzial für die deutschen Landwirte. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb in einem Antrag eine einheitliche und auf Dauer angelegte Strategie zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft, damit mehr Landwirte auf eine ökologische Produktion umsteigen.

Hierzu gehört ein klares politisches Bekenntnis zum Goldstandard des ökologischen Landbaus für die deutsche Landwirtschaft. Goldstandard heißt, der ökologische Landbau gilt als beste Form der Landwirtschaft. Deshalb ist ein klares Ausbauziel in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bis 2020 von 20 Prozent der Flächenbewirtschaftung festzulegen. Das bedeutet, dass Bundesförderprogramme wieder auf die ökologisch wirtschaftenden Betriebe ausgerichtet werden und eine Umstellung auf Ökolandbau attraktiv machen müssen. Die Forschungsförderung vor allem für die Pflanzen- und Tierzucht ist auf die Besonderheiten der ökologischen Produktionsweise auszurichten. Die Agrarforschung, die Lehre und die landwirtschaftliche Ausbildung sollen sich stärker an den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft orientieren. Ein flächendeckender Mindestlohn ist für die Beschäftigten in konventionellen und ökologischen Betrieben festzulegen.

# Veröffentlichungen

---

**Miteinander der Generationen – Den demografischen Wandel gestalten**  
Sechseitiges Faltblatt, erschienen im Januar 2013.

**Alleinerziehende stärker unterstützen – Chancen für Eltern und Kinder verbessern**  
Sechseitiges Faltblatt, erschienen im Februar 2013.

**Rechtsextremismus in Deutschland**  
Kompakte Informationen zu den Entwicklungen am rechten Rand und den Gegeninitiativen der SPD-Bundestagsfraktion,  
A4-Broschüre (56 Seiten), erschienen im Januar 2013.

**Verbraucherpolitik für den Alltag**  
Strategie einer sozialdemokratischen Verbraucherpolitik,  
A5-Broschüre (28 Seiten), erschienen im Februar 2013.

**Das Recht auf Bildung. Für jeden Menschen. Gemeinsames Lernen möglich machen.**  
A5-Broschüre (28 Seiten), in leichter Sprache, erschienen im Februar 2013.

**Otto Wels – Mut und Verpflichtung 23. März 1933 – Nein zur Nazidiktatur**  
A5-Broschüre (76 Seiten), erschienen im Januar 2013.



**Unsere Veröffentlichungen gibt es im Internet unter [www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen](http://www.spdfraktion.de/veroeffentlichungen) oder unter nebenstehendem QR-Code.**

---

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern\*** erscheint im März 2013. Informationen gibt es auch unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de).  
Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

---

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Bundestagsfraktion

**Verantwortlich:** Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

**Redaktion:** Anja Linnekugel

**Texte:** Joachim Arndt, Marion Binder, Teresa Bücker, Antje Christmann, Brigitte Deja, Matthias Ecke, Nicole Groß, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Martin Mader, Jan-Christopher Rämer, Frank-Walter Steinmeier, Renate Weber

**Abbildungen:** Trenkel/Bildschön (S. 2), photothek.net/Thomas Köhler (S. 3), picture-alliance/dpa (S. 4, 5, 6, 10, 13), (Susanne Voorwinden nach einblick / DGB (S. 8), Klaus Vhynalek (Titel)

## Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Telefon:** 030 / 227 530 48 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [redaktion@spdfraktion.de](mailto:redaktion@spdfraktion.de)

Internet: [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**Grafik und Layout:** S. Voorwinden

**Druck:** Braunschweig-Druck

**Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:**

**Telefon:** 030 / 227-571 33 **Telefax:** 030 / 227-568 00

**E-Mail:** [oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de) oder direkt im Internet